

# *Ernährungssouveränität – Wege zu einer gesicherten Ernährung für Alle*

*Eine entwicklungspolitische Perspektive von SWISSAID*

1. **Die aktuellen, globalen Herausforderungen der Welternährung**
2. **Ernährungssouveränität als Antwort auf globale Herausforderungen**
3. **Häufige Missverständnisse in der Diskussion um Ernährungssouveränität**
4. **Warum engagiert sich SWISSAID für Ernährungssouveränität?**
5. **Was bedeutet eine Orientierung am Konzept der Ernährungssouveränität für die Schweizer Politik?**
6. **Internationale Berichte, Prozesse und Bewegungen**
7. **Entwicklungs- und Bauernorganisationen ziehen an einem Strang und fordern Ernährungssouveränität: auch in der Schweiz!**

Annex:

**Der aktuelle Kontext: der Weg in die Nahrungsmittelkrise**

In der aktuellen Diskussion werden die langfristigen Gründe für die Krise vernachlässigt – ein Paradigmenwechsel ist notwendig!

## 1. Die aktuellen, globalen Herausforderungen der Welternährung

Wie können wir die Nahrungsmittelproduktion wieder demokratisch kontrollieren – als Bürgerinnen und Bürger?

Die Nahrungsmittelkrise ist eng mit Finanz-, Energie- und Klimakrise verbunden. Die Deregulierungen im Agrarhandel ebenso wie die auf dem Finanzmarkt haben zu Krise geführt: arme Entwicklungsländer sind davon am stärksten betroffen. Wie kann die Sicherung der Ernährung weltweit aus der gefährlichen Abhängigkeit vom Weltmarkt und der Verflechtung mit den Finanz- und Energiemärkten gelöst werden?

Einerseits müssen Bauern und Bäuerinnen angemessene Preise für ihre Produkte erhalten, die eine würdige Existenz ermöglichen, andererseits müssen Lebensmittel auch für (städtische) Arme erschwinglich bleiben. Welche Strategien und Massnahmen können dieses Spannungsfeld lösen?

Frauen sind weltweit in der Rolle der Ernährerinnen und übernehmen einen Grossteil der landwirtschaftlichen Arbeiten. Und doch sind 75 Prozent der Hungernden Frauen und Kinder. Wie können Frauen in der Wahrung ihrer Rechte gestärkt werden, inklusive eines gesicherten Zugangs zu Land?

Wie kann die wachsende Weltbevölkerung ökologisch und sozial nachhaltig ernährt werden und das Menschenrecht auf Nahrung langfristig umgesetzt werden?

## 2. Ernährungssouveränität als Antwort auf globale Herausforderungen

*“Ernährungssouveränität bedeutet das Recht von Individuen, Gemeinschaften, Völkern und Staaten, ihre eigene Landwirtschafts-, Arbeits-, Fischerei-, Ernährungs- und Bodenpolitik zu bestimmen, unter Berücksichtigung ihrer jeweils spezifischen ökologischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Bedingungen. Das Konzept beinhaltet sowohl das Recht auf Nahrung und wie auch das Recht, Nahrungsmittel zu produzieren. Das Recht auf Nahrung garantiert allen Menschen den Zugang zu sicheren, nahrhaften und kulturell angepassten Lebensmitteln sowie den Zugang zu den notwendigen Ressourcen, um Nahrungsmittel zu produzieren und sich und ihre Gesellschaften erhalten zu können.“ (International Planning Committee on Food Sovereignty 2004, Übersetzung TG)*

Das Konzept der Ernährungssouveränität gilt grundsätzlich für alle Länder – reiche und arme – und definiert keine einheitliche politische Strategie, die als Patentrezept in verschiedenen Ländern weltweit anwendbar wäre. Es gibt jedoch zentrale Prinzipien und Kriterien sowie einzelne strategische Bereiche vor, die es einzelnen Ländern ermöglichen sollen, ihren demokratisch legitimierten Weg zur Umsetzung des Rechts auf Nahrung zu bestimmen. Es geht dabei um die grundsätzlichen Fragen: Wer hat Zugang zu Nahrungsmitteln? Wer kontrolliert die Nahrungsmittelproduktion, den Handel mit Agrarprodukten und ihre Vermarktung – und wer erhält schliesslich die Gewinne daraus?

Konkret lassen sich die Prinzipien und Kriterien in vier Arbeitsbereiche bündeln:

- Fokus auf lokale Märkte und gerechte Handelsbeziehungen. Dazu gehören existenzsichernde Einkommen für alle ProduzentInnen und ArbeiterInnen entlang der Produktionskette.
- Gesicherter Zugang zu den natürlichen und genetischen Ressourcen (fruchtbares Agrarland, Weideflächen, Fischereigründe, Wald, Wasser, Saatgut etc.) sowie zu Krediten und Bildung für alle LebensmittelproduzentInnen.

- Umstellung auf eine ökologischen, vielfältige, bäuerlichen Produktion. Das muss sich auch in der Agrarforschung niederschlagen.
- Die Umsetzung des Menschenrechts auf Nahrung hat Priorität vor anderen bi- oder multilateralen Abkommen.

### 3. *Häufige Missverständnisse in der Diskussion um Ernährungssouveränität*

#### Ernährungssouveränität ist nicht mit Selbstversorgung gleichzusetzen:

Ernährungssouveränität fordert das Recht der Staaten, Völker oder Gemeinschaften zu bestimmen, welchen Grad an Selbstversorgung für sie nötig und möglich ist. Sie zielt jedoch darauf ab, eine vielfältige, ökologische, bäuerliche Produktion für lokale Märkte zu stärken. Das Konzept hebt dabei vor allem auf Selbstbestimmung ab, nicht auf Selbstversorgung. Einer Gruppe oder einem Land muss dabei die Option offen gelassen werden, sich auch für einen hohen Grad an Selbstversorgung zu entscheiden. Allgemein geht es jedoch darum, den jeweils passenden Mix aus Handel und Selbstversorgung zu definieren, um das Recht auf Nahrung für Alle durchsetzen zu können.

#### Ernährungssouveränität ist kein Patentrezept: es liefert weder einen fertigen Politik-Mix noch ein Technologiepaket:

Die Verfolgung und Umsetzung der Ziele und Prinzipien, wie sie im Konzept der Ernährungssouveränität beschrieben sind, werden zur Lösung der aktuellen Nahrungsmittelkrise beitragen, sie werden die ländliche Entwicklung stärken, die natürlichen Ressourcen erhalten helfen und einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Es wäre jedoch falsch, ein fertiges Instrumenten-Mix für die Politik oder ein Paket an jederzeit und überall einsetzbaren Technologien und Praktiken zu erwarten, das es Landwirtschaftsministerien, NGOs, Bauernorganisationen oder gar einzelnen BäuerInnen ermöglichen würde, ihre aktuellen, konkreten Probleme zu lösen.

#### Ernährungssouveränität ist kein nationalistisches Konzept:

Ernährungssouveränität ist ein globales Konzept: es fokussiert zwar auf lokale und regionale Märkte, es basiert aber auf einer internationalen Solidarität unter BäuerInnen sowie auf einem grundlegenden Verständnis der internationalen politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Lokale Beziehungen, insbesondere diejenigen zwischen Produzierenden und Konsumierenden, sollen gestärkt werden, damit sie in der Lage sind, den globalen Herausforderungen entgegentreten zu können.

#### Ernährungssouveränität zielt nicht darauf ab, Märkte oder Gesellschaften abzuschotten:

Die Weltgemeinschaft ist auf multilaterale Abkommen und Regulierungen angewiesen. Diese dürfen jedoch nicht zu einer Unterminierung demokratischer Prozesse führen. Im Gegenteil müssen internationale Märkte reguliert werden, um negative Auswirkungen auf die Ernährungssicherheit und Lebensgrundlagen der Bevölkerung zu vermeiden. Regierungen müssen zudem ihre eigene Landwirtschafts- und Ernährungspolitik auf demokratischem Weg unter Einbezug der ProduzentInnen und KonsumentInnen definieren. Dafür brauchen sie auch politische Instrumente, um sich vor Billigimporten sowie vor Öko- und Sozialdumping zu schützen. Denn freie, unregulierte Märkte sind für ökologische und soziale Anliegen blind. Nur die mächtigen und reichen Akteure können von unregulierten Märkten profitieren, indem sie ihre eigenen Regeln ungehindert durchsetzen können.

#### Ernährungssouveränität richtet sich nicht gegen Handel – wirklicher Freihandel jedoch existiert nirgendwo auf der Welt:

Ernährungssouveränität fokussiert primär auf lokale und regionale Märkte, wobei es je nach geographischen und politischen Gegebenheit zu definieren ist, wie weit „lokal“ und „regional“ zu fassen sind. Internationaler Handel – auch Übersee – kann eine zusätzliche Option zur Einkommensschaffung darstellen, solange er gerechten Bedingungen unterliegt und den

BäuerInnen oder anderen LebensmittelproduzentInnen ein faires Einkommen sichert und ihre Unabhängigkeit nicht gefährdet.

*Ernährungssouveränität ist ein globales Konzept – es gilt nicht nur für Entwicklungsländer*

Unabhängig davon, ob es sich um ein reiches oder ein armes Land handelt, soll die Gesellschaft gemeinsam mit den Produzierenden darüber entscheiden, welche Landwirtschaft gewählt wird. Es handelt sich eine sinnvolle Demokratisierung im Sinne der Subsidiarität. Das Argument der ungerechten Marktabstottung gegenüber armen Ländern ist zynisch. Sollen sie Futtermittel und Agrotreibstoffe exportieren, anstatt ihre Ernährung sicher zu stellen? Im Sinne der Ernährungssouveränität sollen auch sie selber entscheiden können, was für wen produziert und eventuell auch exportiert wird.

#### *4. Warum engagiert sich SWISSAID für Ernährungssouveränität?*

Seit 60 Jahren setzt sich SWISSAID gegen Armut und Hunger ein. Da ca. 70 Prozent der Armen auf dem Land, mehrheitlich von der Landwirtschaft leben, konzentriert SWISSAID ihre Arbeit genau dort. Gemeinsam mit Bauernorganisationen, lokalen und indigenen Gemeinschaften sowie Frauengruppen engagiert sich SWISSAID für die Erarbeitung von Perspektiven und Verbesserungen, die den Menschen eine selbstbestimmte Entwicklung hin zu einem Leben in Würde ermöglichen. Die Analyse der Ursachen für Hunger und Armut sowie die Erfahrungen von SWISSAID haben zu der institutionellen Entscheidung geführt, das „Recht auf Ernährungssouveränität“ als Schwerpunktthema in der SWISSAID Strategie zu verankern. Denn das Konzept fasst zusammen, wofür sich SWISSAID bereits seit vielen Jahren einsetzt. Dabei ist SWISSAID überzeugt, dass Entwicklungszusammenarbeit nur langfristig erfolgreich sein kann, wenn sich auch die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu Gunsten der armen Bevölkerung in Entwicklungsländern ändern.

*Auszug aus der SWISSAID Strategie 2010:*

*Ernährungssicherheit ist nur über die Erreichung der Ernährungssouveränität möglich. Unter dem Begriff Ernährungssouveränität versteht SWISSAID das Recht der Nationen, lokalen Gemeinschaften und Bauernfamilien, ihre eigene Landwirtschafts- und Ernährungspolitik zu definieren, die den jeweiligen ökologischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bedingungen entspricht. Voraussetzungen für Ernährungssouveränität sind der Zugang zu und die Kontrolle über natürliche Ressourcen wie Boden, Wasser, Wald und Saatgut. Die Erhaltung der biologischen Vielfalt und die ökologische Landwirtschaft<sup>1</sup> sind Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung. Der Zugang zu den genetischen Ressourcen ist durch die Gentechnologie und insbesondere durch die Patentierung lebender Organismen bedroht, im Norden ebenso wie im Süden.*

#### *5. Was bedeutet eine Orientierung am Konzept der Ernährungssouveränität für die Schweizer Politik?*

Auch die Schweiz muss eine demokratisch kontrollierte landwirtschaftliche Produktion und damit die Ernährungssicherheit der Bevölkerung langfristig sicherstellen.

Bauern und Bäuerinnen sitzen weltweit im gleichen Boot. Im Grunde existiert eine Konkurrenz zwischen Nord- und SüdproduzentInnen, wie sie oft in den Medien und der Politik beschworen wird, nicht. Viel mehr findet global ein Verdrängungsprozess der

<sup>1</sup> Unter ökologischer Landwirtschaft verstehen wir eine diversifizierte Produktion, die auf den langfristigen Erhalt der Fruchtbarkeit ausgerichtet ist, die Belastung der Umwelt auf ein Minimum reduziert, geschlossene Kreisläufe berücksichtigt, auf chemisch-synthetische Hilfsstoffe verzichtet, ohne Gentechnologie arbeitet (auch in der Zucht) und artgerechte Tierhaltung und Fütterung gewährleistet.

bäuerlichen Landwirtschaft durch die industrielle Produktion statt. Diesem Prozess, dominiert und kontrolliert durch grosse Unternehmen und multinationale Konzerne, gilt es im Interesse der eigenen wie der weltweiten Ernährungsversorgung, entschieden entgegenzutreten.

*Konkret bedeutet das:*

- Die Schweiz muss sich sowohl auf der multi- wie auf der bilateralen Ebene für gerechte Handelsbeziehungen einsetzen. Fair Trade ist ein Erfolgsmodell, darf jedoch nicht auf einzelne Produkte und Gruppen beschränkt bleiben.
- Alle Subventionen für Exportprodukte müssen sofort gestrichen werden, da sie zu Dumping in anderen Ländern führen. Dazu gehören auch die Exportsubventionen für Milch(pulver). Nicht produktionsgebundene Direktzahlungen für ökologische und gemeinwirtschaftliche Leistungen sind hingegen ein legitimes agrarpolitisches Instrument.
- Auch Zölle sind ein legitimes Instrument, um sich vor Sozial- und Ökodumping zu schützen. Das Recht, in diesem Sinne gezielt Zölle zu erheben, muss bestehen bleiben. Dieses Recht muss auch anderen Ländern zugestanden werden.
- Die Schweiz muss davon Abstand nehmen, in bilateralen Abkommen weitreichende geistige Eigentumsrechte (Patente und strenger Sortenschutz auf Saatgut, Gene, Pflanzen, Tiere) durchzusetzen (TRIPS+)
- Die Schweiz soll ihre Agrarforschungspolitik an den Bedürfnissen der ProduzentInnen und der Gesellschaft ausrichten. Es muss sowohl auf nationaler Ebene wie auf internationaler Ebene wieder deutlich mehr in die öffentliche Forschung investiert werden.
- Die Schweizer muss sowohl auf nationaler wie auf internationaler Ebene konsequent eine ökologische, bäuerliche Landwirtschaft fördern. Nur sie ist – im Gegensatz zur industriellen Landwirtschaft – langfristig in der Lage, die Menschheit zu ernähren. In diese Richtung weist auch der Weltagrарbericht IAASTD.
- BäuerInnen, LandarbeiterInnen und generell ArbeiterInnen in der Nahrungsmittelproduktion müssen ein faires Einkommen beziehen – auch in der Schweiz. In Bezug auf Lebensmittel ist die Schweiz keine Hochpreisinsel. Gemessen am Haushaltsbudget gehört die Schweiz zu den Ländern weltweit, die am wenigsten Geld für Lebensmittel ausgeben (nur 7-10 Prozent des jeweiligen Haushaltsbudgets).

Die Kantone Genf, Neuchâtel und demnächst wohl auch Waadt haben das Konzept Ernährungssouveränität gesetzlich verankert.

## *6. Internationale Berichte, Prozesse und Bewegungen*

Die Nahrungsmittelkrise hat die Landwirtschaft wieder auf die internationale Agenda gebracht. Doch bisher werden vor allem altbekannte Rezepte präsentiert, die mit in die Krise geführt haben. Von einem radikalen Umdenken, wie es der Weltagrарbericht IAASTD fordert, ist noch wenig zu spüren. Dabei haben zivilgesellschaftliche Organisationen, allen voran die internationale Bauernbewegung La Via Campesina, schon 1996 eine Abkehr von einer auf Liberalisierung, Privatisierung und Industrialisierung angelegten Landwirtschaftspolitik gefordert und das Konzept der Ernährungssouveränität entwickelt.

- Empfehlungen des Weltagrарberichts (IAASTD: internationaler Bericht von 400 Wissenschaftlerinnen und Experten erstellt) vom April 2008: Paradigmenwechsel in der Landwirtschaft ist notwendig; die kleinbäuerliche, ökologische Produktion für lokale und regionale Märkte muss gefördert werden; die Multifunktionalität der Landwirtschaft beachten; Abkehr von kapital- und energieintensiver, industrieller Produktion, Investition für Forschung und Entwicklung, für Infrastruktur und Bildung notwendig.
- Empfehlungen des UN Sonderberichterstatters für das Recht auf Nahrung Prof. Olivier de Schutter im März 2009: Entwicklungsländer müssen ihre Abhängigkeit vom Welt-

markt und vom internationalen Agrarhandel reduzieren; Regierungen müssen kosten-deckende Preise garantieren, nationale Preise müssen vom Weltmarkt abkoppelbar sein; internationaler Agrarhandel muss obligatorische Nachhaltigkeitskriterien berücksichtigen (sowohl auf Export- wie auf Importseite); Regierungen haben die Verantwortung, multinationale Agrar- und Lebensmittelkonzerne zur Rechenschaft zu ziehen.

- Empfehlungen des Ecofair Trade Dialogue (Internationaler Konsultationsprozess koordiniert durch die Heinrich Böll Stiftung, Misereor und das Wuppertal Institut), vom April 2007: Spielraum nationaler Politik erweitern, in Multifunktionalität investieren, Preise stabilisieren, Nachhaltigkeitsstandards definieren, Produktionsketten demokratisieren, gerechte Handelsbeziehungen ermöglichen.

## *7. Entwicklungs- und Bauernorganisationen ziehen an einem Strang und fordern Ernährungssouveränität: auch in der Schweiz!*

In den vergangenen Jahren wurde immer deutlicher, dass BäuerInnen weltweit mit ähnlichen Problemen konfrontiert sind und in Nord und Süd um das Überleben kämpfen. Eine Lösung aus den aktuellen Krisen ist nur gemeinsam – zwischen Nord und Süd sowie zwischen Produzierenden und Konsumierenden und im Einklang mit der Umwelt – zu finden.

Beispiel Schweiz: Volksinitiative für Gentech-Moratorium (Umwelt-, Entwicklungs-, Konsumentinnen- und Bauernorganisationen haben sich gemeinsam eingesetzt, die Schweizerische Landwirtschafts- und Ernährungspolitik demokratisch mit zu bestimmen)

Verständigung zwischen Nord und Süd durch die internationale Bauernbewegung La Via Campesina (Internationale zivilgesellschaftliche Foren zur FAO Politik etc.; Internationales Forum zu Ernährungssouveränität 2007 in Mali)

Zusammenarbeit SWISSAID und Bauernorganisationen in der Schweiz (Internationaler Bauernaustausch und Tagung an der OLMA mit der gemeinsamen Botschaft: Lokal und ökologisch produzieren und konsumieren hilft Bauern und Bäuerinnen weltweit!)

### *Annex: Der aktuelle Kontext: der Weg in die Nahrungsmittelkrise*

**In der aktuellen Diskussion werden die langfristigen Gründe für die Krise vernachlässigt – ein Paradigmenwechsel ist notwendig!**

Jedes Jahr veröffentlicht die Welternährungsorganisationen (FAO) Zahlen zum Hunger in der Welt. 860 Millionen waren es 2006 – Anfang 2009 gehen neue Bericht von knapp 1 Milliarde hungernder Menschen aus. Drei Viertel dieser Menschen leben auf dem Land – paradoxerweise dort, wo die Lebensmittel produziert werden. Bis zum Frühjahr 2008 fand dieser „stille Hunger“ von der Weltöffentlichkeit weitgehend unbemerkt statt. Mit den rasanten Preissteigerungen für Lebensmittel erreichte der Hunger jedoch auch die Städte. Und die Angst, Wut und Gewalt der Menschen, die sich die teuren Lebensmittel nicht mehr leisten können, haben den Skandal zuoberst auf die politische Agenda gebracht. Doch die vieldiskutierten Faktoren der Krise, wie Spekulationen auf den Rohstoffmärkten, das teure Erdöl, Dürren oder der rasante Boom der Agrartreibstoffe, beleuchten vor allem die kurzfristigeren Entwicklungen. Langfristig steht hinter der Krise eine fehlgeleitete Landwirtschafts- und Handelspolitik, die landwirtschaftliche Güter zuerst als handelbare Ware und zuletzt als Lebensmittel für die Versorgung der Bevölkerung begreift.

**Privatisierung und Liberalisierung: aus Agrarexporteurern wurden Lebensmittelimporteure**  
Während der letzten drei Jahrzehnte haben der Internationale Währungsfond (IWF) und die Weltbank die Regierungen vieler Entwicklungsländer dazu gebracht, die eigene Landwirtschaft – insbesondere die Produktion von Grundnahrungsmitteln – zu vernachlässigen. Auf diesen erzwungenen Rückzug des Staates folgte Anfang der 90er

Jahre der Druck, die Grenzen für Importprodukte zu öffnen. Hinzu kam eine dramatische Reduktion der internationalen Investitionen in die Landwirtschaft, seitens der Weltbank ebenso wie innerhalb der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit.

Die „Strukturanpassungsmassnahmen“ der multilateralen Geber hatten fatale Folgen für die bäuerliche Landwirtschaft in Entwicklungsländern: staatliche Investitionen in landwirtschaftliche Beratung, Bildung und Infrastruktur wurden gekürzt; das ohnehin geringe Landwirtschaftsbudget kam Grossproduzenten zu Gute, die Blumen, Südfrüchte, Soja oder Palmöl für den Export anbauten. Denn das versprach Devisen. Diese Politik führte dazu, dass viele Entwicklungsländer immer mehr landwirtschaftliche Güter produzieren, die sie nicht selber konsumieren, und andererseits immer mehr Güter konsumieren, die sie nicht produzieren. Aus Agrarexporteur wurde Lebensmittelimporteure. Mexiko, eines der Ursprungsländer des Mais, überlebt heute nur dank Maisimporten aus den USA. Die Philippinen sind zum grössten Reisimporteure der Welt geworden. Diese gefährliche Abhängigkeit vom Weltmarkt zeigte im Frühsommer 2008 nun ihre katastrophale Auswirkungen. Jahrelang schien es günstiger, die eigene Landwirtschaft zu vernachlässigen und mit billigen Importen die Stadtbevölkerung zu versorgen. Selbst überlebenswichtige Getreidereserven wurden in den letzten Jahren auf dem Weltmarkt veräussert. Doch Zeiten billiger Lebensmittel sind in Zukunft vorbei. Denn trotz der aktuell wieder niedrigeren Preise, gehen alle Prognosen von langfristig hohen Nahrungsmittelpreisen aus.

### **Globaler Wettlauf um Ackerland**

Nach 40 Jahren Überfluss steht nun ein Kampf um knapper werdende Ressourcen für die Produktion von Lebensmittel, allen voran Land, Wasser und agrargenetische Ressourcen bevor. Ein Bericht der internationalen Organisation GRAIN zeigt einen besorgniserregenden Trend auf, wie sich – finanzkräftige – Länder aus der Abhängigkeit vom Weltmarkt zu befreien versuchen: Regierungen, Unternehmen und Investoren sichern sich in ärmeren Ländern grosse Flächen fruchtbares Ackerland über Kauf oder Pacht, um Agrarprodukte für den eigenen Markt zu produzieren. Von Hunger betroffene Länder wie der Sudan oder Madagaskar wollen riesige Flächen ins Ausland verpachten. Der Südkoreanische Konzern Daewoo Logistics strebt einen Pachtvertrag für 1.3 Millionen Hektar Land über 99 Jahre in Madagaskar an.

### **Marktkonzentration entlang der Produktionskette**

Im Bereich Saatgut, Tierzucht, chemische Düngemittel und Pestizide hat in den letzten Jahren ein dramatischer Konzentrationsprozess auf dem internationalen Markt stattgefunden. Grosse Unternehmen haben sich den Rückzug des Staates aus der Landwirtschaft und Agrarforschung erfolgreich zu Nutzen machen können. Dazu hat auch Internationalisierung eines strengen Regimes geistiger Eigentumsrechte beigetragen. Mittlerweile kontrollieren nur 10 multinationale Konzerne bereits zwei Drittel des internationalen Saatgutmarktes, im Bereich Agrarchemie teilen sie sich sogar 89 Prozent des Marktes untereinander auf.

### **Klimasünder industrielle Landwirtschaft**

Die Landwirtschaft ist einerseits Mitverursacher des Klimawandels: rund 30 Prozent der Treibhausgasemissionen gehen auf der Konto der industriellen Landwirtschaft (Einsatz von Dünger und Landmaschinen, Abholzungen und insbesondere Rodung des Regenwalds zur Gewinnung von Ackerland oder Weidefläche, Transport von Agrargütern). Andererseits ist kaum eine wirtschaftliche Produktion so anfällig auf klimatische Veränderungen wie die Landwirtschaft. Vor allem Entwicklungsländer der südlichen Hemisphäre spüren die Auswirkungen des Klimawandels bereits jetzt: Dürren und Flutkatastrophen führen zu dramatischen Verlusten der landwirtschaftlichen Erträge.

Tina Goethe, SWISSAID, März 2009

Unter Mitwirkung von Miges Baumann, Brot für die Welt; Thomas Gröbly, ehemaliger Biobauer, Ethiker und Buchautor; Valentina Hemmeler Maïga, Uniterre